

Italiens langer Weg zur Wahrheit

20 Jahre nach den spektakulären Bomben-Attentaten auf die Staatsanwälte Giovanni Falcone und Paolo Borsellino sind gewichtige Fragen noch immer offen. Wie kamen die Täter an die riesigen Mengen Militärsprengstoffs? Wer trug Borsellinos Aktentasche vom Tatort? Wer bediente die Fernzündungen? Ja, sicher die Mafia, aber wer genau?

VON PAUL KREINER, PALERMO

Wie hält dieser Baum sich nur am Leben? An einer zubetonierten, vielspurigen Innenstadstraße, wo in der sizilianischen Hitze sonst nur Kübelpflanzen vor sich hin kümmern, wächst diese Magnolie vier Stockwerke hoch. Dankesbekundungen hängen dran wie sonst nur an wunderbaren Heiligenstatuen. Die Magnolie von Palermo ist ein nationales Mahnmahl in Italien, so wie es in Deutschland einmal die Berliner Mauer war. Jedes Jahr kommen unzählige Schulklassen zum freiwilligen oder pädagogisch angeleiteten Gedenken vorbei: Die Pflanze wächst vor dem Haus, in dem der Antimafia-Staatsanwalt Giovanni Falcone gewohnt hat.

Bis die Cosa Nostra ihn als ihren größten Feind in den Tod bombte, am 23. Mai 1992, vor genau zwanzig Jahren. Und zwei Monate später, am 19. Juli 1992, zerriss die nächste Mafia-Bombe den engsten Mitarbeiter und Kollegen Falcones, Paolo Borsellino. Das doppelte Attentat hat Italien aufgewühlt wie keines sonst. Es hat den Stolz der Italiener und den Widerstand gegen die Mafia erst so richtig geweckt. Vor allem hat es für Beunruhigungen gesorgt, die noch lange nicht abgeklungen sind. Im Gegenteil.

Gerade in den jüngsten Wochen haben neue Ermittlungen gezeigt, dass so manches nicht stimmt, was man über die Attentate zu wissen glaubte. 16 Jahre lang sind die Gerichte – bis hin zur Obersten Instanz – falschen oder gezielt beeinflussten Zeugen aufgesessen. Und das politische Szenario hinter den Anschlägen ist noch immer verschwommen.

„Nicht nur die Cosa Nostra hatte ein Interesse daran, Falcone auszuschalten“, sagt Italiens oberster Mafia-Fahnder von heute, Piero Grasso. Falcone sei dafür bestraft worden, dass er „die Verbindungen zwischen der Mafia und anderen starken Kräften des Landes aufdecken wollte“.

Zehn Meter tief ist der Krater, den die Bombe in die Autobahn reißt.

Der 23. Mai 1992 ist ein sommerlich heißer Samstag. Der 53-jährige Giovanni Falcone, der dem Neid, den Anfeindungen aus palermitanischen Kollegenkreisen und der wiederholten Demütigung bei der Bewerbung um höhere Posten entflohen ist und sich ins römische Justizministerium hat versetzen lassen, fliegt fürs Wochenende nach Palermo zurück. Ihn begleitet seine Frau, Francesca Morvillo. Die kleine Wagenkolonne – vorne und hinten ein Auto mit Leibwächern, dazwischen der von Falcone selbst gesteuerte weiße Fiat Croma – rast mit 160 Stundenkilometern vom Flughafen Palermo in die Stadt.

Um 17.58 Uhr der Knall. Am Rand eines zehn Meter tiefen Kraters steht das, was von Falcones Auto übrig geblieben ist. Er selbst, seine Frau und die drei Leibwächter im ersten Auto sind tot.



Er starb heute vor 20 Jahren: Giovanni Falcone (2. von links), Italiens berühmtester Mafiajäger. Er stand schon seit Jahr und Tag, hier 1986 bei einer Dienstreise in Marseille, unter Personenschutz. Um ihn zu töten, legten seine Mörder 500 Kilo Sprengstoff bei Bauarbeiten unter eine Autobahn.

FOTO: AFP

500 Kilogramm Sprengstoff hat die Cosa Nostra während mehrtägiger „Straßenbauarbeiten“ in ein Rohr unter der Autobahn gestopft; aus der Ferne, aber in Sichtweite, hatte der Berufskiller Giovanni Brusca die Bombe gezündet. Die Fragen, woher die Mafia Falcones geheime Flugzeiten kannte und wie sie an die Riesensumme eines für militärische Zwecke bestimmten Sprengstoffs kam, sind unbeantwortet.

Keine sieben Wochen nach dem Attentat erfährt Falcones Kollege Borsellino (52) aus Polizeikreisen, dass auch der ihm zugeordnete Sprengstoff in Palermo eingetroffen ist. Die amtlichen Spürhunde riechen also, was sich bei der Mafia tut, nur nutzt dieses Wissen keinem. Niemand achtet auf den alten Fiat 126, der da in der Via D'Amelio steht. Borsellinos Mutter wohnt dort; sie will er, wie üblich, am Sonntagmittag besuchen. Er klingelt an der Haustür; der Fiat explodiert; Borsellino, die vier Männer und die Frau aus seiner Leibwache werden regelrecht zerfetzt.

Aber warum das alles? Warum ist die Cosa Nostra damals – und genau in jenen Wochen – zur Offensive gegen den Staat übergegangen, „zum Terrorismus“, wie Piero Grasso heute unumwunden sagt? Falcone und

Borsellino gelten als die Initiatoren des „Maxiprozesses“, jenes Gerichtsverfahrens von 1986/87 in Palermo, bei dem zum erstenmal „die Mafia“ ins Visier genommen und als Ganzes sichtbar wurde – gegen jene Kräfte in Italiens Politik und Kirche, die schon allein die Existenz eines solchen Verbrecherkartells in Abrede stellten. Von 475 Angeklagten wurden 360 verurteilt. So stark war die Justiz zuvor noch nie, und just zu Anfang des Jahres 1992 bestätigten Italiens Höchststrichter alle 19 „Lebenslänglich“, die im „maxi-processo“ verhängt worden waren.

Doch bevor sich die Cosa Nostra dafür an den Chefanklägern rächte, an Falcone und Borsellino, ermordete sie einen der wichtigsten sizilianischen Politiker: den Christdemokraten Salvatore Lima, den Statthalter des mächtigen Giulio Andreotti. Aus der Tatsache, dass sich die Mafia eine solch unerhörte Tat leistete, schloss Falcone, dass die Gleichgewichte zwischen Organisierter Kriminalität und Politik zerbrochen sein mussten: „Jetzt kann alles passieren.“

Die Cosa Nostra hatte ihre politische Rückendeckung in Rom verloren. Von Andreotti und den Seinen hatte sie erwartet, dass die Regie-

runng – wie üblich – Gerichtsurteile gegen Mafiosi unterbinden oder sie „zurechtrücken“ würde. Das blieb diesmal aber aus, und 1992 konnte die Politik in Rom gleich gar nicht mehr eingreifen: Die Erste Republik, allen voran Andreotti's Democrazia Cristiana, versank gerade im selbst geschaffenen Parteispenden- und Bestechungssumpf „Tangentopoli“.

Bei der Umgestaltung des Staates wollte die Mafia dann ein Wörtchen mitreden. Und deswegen vollzog sie ihre Rache an Falcone nicht, wie bis zuletzt geplant, mit einem nächtlich unauffälligen, gezielten Schuss auf Roms Straßen, sondern mit dem größtmöglichen Spektakel in einem sizilianischen Heimspiel.

Sieben des Mords an Ermittler Borsellino Verurteilte sind wieder frei.

Die sizilianische Mafia – damals unter Toto Riina, dem Schlächter aus Corleone – erreichte, was sie wollte. Aber das weiß man erst seit kurzer Zeit. Nach dem Attentat auf Falcone gewährte „der Staat“ tatsächlich den Mafiosi Gehör. Er suchte das Gespräch. Führende Carabinieri, Parteipolitiker, Minister: Wer im einzel-

nen was getan hat, das allerdings ist, so klagen Ermittler heute, allzu vielen „Erinnerungsverlusten“ zum Opfer gefallen. Aber Borsellino hatte im Juni 1992 davon Kenntnis erhalten. So wurde auch er als „letztes Hindernis“ aus dem Weg geräumt.

Von wem? Dass Mafiosi den Fiat 126 per Fernbedienung gezündet haben, bezweifelt niemand. Wer in welcher Rolle dahinter steckte, ist wieder offen. Jene sieben Bosse, die für die Autobombe zu lebenslänglich verurteilt worden waren, mussten im Herbst 2011 als unschuldig freigelassen werden. Mit ihnen jener Kleinkriminelle, der als einer von vier falschen Mafia-Überläufern die Justiz mit „Insider-Berichten“ irreführt hatte. Gaspare Spatuzza, ein neuer, diesmal echter Überläufer, ließ dieses Lügegebäude schließlich einstürzen. Er hat sogar jenen Geheimdienstler namentlich benannt, den er in jener Garage gesehen haben will, in dem der Fiat 126 mit Sprengstoff gefüllt wurde. Ferner fehlt bis heute Borsellinos rote Aktentasche, die er immer bei sich trug und die – wie auf Fotos vom Tatort festgehalten – von einem Unbekannten fortgetragen worden ist. Freilich: Auch diese Wendung harret der Bestätigung. Das könnte Jahre dauern.

Russland: Putin zementiert seine Machtbasis

VON ELKE WINDISCH, MOSKAU

Alle Erlasse sind unterschrieben: Russlands Präsident Putin hat sein neues Kabinett verkündet. Neuer Innenminister wird ausgerechnet der bisherige Moskauer Polizeichef Wladimir Kolokolzew, dessen harte Hand gegen Demonstranten berüchtigt ist. Sechs seiner früheren Minister holt der vormalige Premier Putin in den Kreml.

Putin war Anfang Mai nach einem vierjährigen Intermezzo als Regierungschef für eine dritte Amtszeit als Präsident vereidigt worden. Einen Tag später wählte das russische Parlament seinen Vorgänger Medwedew zum Ministerpräsidenten. Gegen den Amtertausch gibt es in Russland seit Monaten Proteste.



Neuer Innenminister: Moskaus Polizeichef Wladimir Kolokolzew. FOTO: AFP

Neue Gesichter – drei Viertel der Minister sind neu – können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Konservative, viele davon mit Geheimdienst-Vergangenheit, auch künftig die sogenannten Machtministerien führen. Sie sind nicht dem Premier, sondern dem Präsidenten, einem ehemaligen Agenten des sowjetischen Geheimdienstes KGB, direkt unterstellt.

Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow und Außenamtschef Sergei Lawrow wurden in ihren Ämtern bestätigt. Den umstrittenen bisherigen Innenminister Raschid Nurgalijew ernannte Putin zum Vize-Koordinator des Nationalen Sicherheitsrates, die Mehrheit der entlassenen Minister zu persönlichen Beratern. Andere erhielten hohe Ämter in der Kremladministration.

Machtverlust droht ihnen dadurch nicht. Abteilungsleiter im Kreml sind Ministern im Rang gleichgestellt. Putin änderte daran nichts, weder in seinen ersten beiden Amtszeiten und schon gar nicht jetzt. Die Kremladministration, so die stets klaräugige Lilija Schewzowa vom Moskauer Carnegie-Zentrum, solle Medwedew kontrollieren, dem Putin misstrauet.

Putin hat bei seiner Personalwahl auch seinem Konzept der staatlichen Lenkung der Wirtschaft Nachdruck verliehen. Für diese Politik stehen der neue Wirtschaftsminister Andrej Belousov und der im Amt bestätigte Finanzminister Anton Siluanow. Da auch der Putin-Vertraute Igor Schuwalow Erster Vize-Ministerpräsident mit Zuständigkeit für die Wirtschaft bleibt, sind Regierungschef Medwedew klare Grenzen für Wirtschaftsreformen gesetzt. Sicher ist, dass seine Zukunft alles andere als sicher ist. Sinkt beispielsweise der Ölpreis zu sehr, muss Medwedew soziale Wohltaten, mit denen Putin im Wahlkampf um sich warf, kassieren.

„Wir benötigen etwas mehr Stetigkeit von unseren Regierungen“

INTERVIEW: Der Menschenrechtler Hugh Williamson mahnt zum Eurovision Song Contest in Baku mehr Kritik gegenüber der aserbaidjanischen Führung an

Bis zuletzt ist die Kritik an der Menschenrechtssituation in Aserbaidschan, dem Gastgeberland des Eurovision Song Contest 2012, nicht abgeebbt. Hugh Williamson, Direktor der Europa- und Zentralasienabteilung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, kritisiert im Gespräch mit Erhard Stern aber auch die Europäische Rundfunkunion (EBU) als Ausrichter der Veranstaltung.

Herr Williamson, es heißt, Musik verbindet: Ist es also gut, dass die Welt oder zumindest Europa nach Aserbaidschan kommt?

In der Tat kann Musik Europa miteinander verbinden. Beim Song Contest in diesem Jahr in Baku ist das allerdings fraglich. In Aserbaidschan macht es das Thema Menschenrechte schwieriger.

Was wird geschehen, wenn die Scheinwerfer ausgeschaltet, Zuschauer und Journalisten wieder abgefliegen sind? Viele Menschenrechtsaktivisten haben mir gesagt, dass sie befürchten, dass die Regierung ab Ende Mai scharf durchgreifen wird. Möglicherweise werden die prominentesten Aktivisten ins Gefängnis geworfen oder angegriffen. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass sich ihre Lage

auf keinen Fall verbessern wird.

Also ist der ESC letztlich mehr Fluch als Segen?

Das liegt alles in der Hand der Regierung. Wir hoffen natürlich immer, dass die Regierung Reformen anpackt. In vielen Ländern hat man gesehen, dass Veränderungen möglich sind. Die Aktivisten wollen auf jeden Fall die Gelegenheit nutzen, um auf Themen wie Demokratie und Menschenrechte aufmerksam zu machen. Und sie wollen die internationalen Gäste dabei einbeziehen. Trotz ihrer Befürchtungen bleiben sie mutig und optimistisch.

Wie sehr sind die Menschenrechte in Ländern wie Aserbaidschan ein Thema? Die Menschen dort haben im täglichen Leben ganz andere Probleme. Aber selbstverständlich spielen Menschenrechte auch im täglichen Leben eine Rolle. Auch wenn wirtschaftliche Grundrechte wie das Recht auf eine Existenzgrundlage, auf Essen oder auf eine Wohnung nicht immer so genannt werden. In Aserbaidschan sind das nicht unbedingt drängende Probleme. Aber für tausende Menschen ist es beispielsweise seit ein- bis zwei Jahren sehr wohl ein Thema, dass in Baku Häuser abgerissen und sie daraus vertrieben werden.



„Keine Redefreiheit, keine Versammlungsfreiheit“: Hugh Williamson. FOTO: PRIVAT

Was ist Ihr Hauptvorwurf an die Regierung in Baku?

Aserbaidschan sieht sich selbst als wirtschaftlich und politisch aufstrebenden Staat. Dann hat das Land aber auch die internationale Verantwortung, grundlegende Menschenrechte zu garantieren. Und das geschieht nicht. Es gibt in Aserbaidschan keine Redefreiheit, keine Ver-

sammlungsfreiheit, kein Demonstrationsrecht. Ein Recht auf sicheres Wohnen wird nicht gewährt.

Was wäre – abseits von Großveranstaltungen – der richtige Umgang mit einem autoritären Regime?

Die Bundesregierung und andere europäische Regierungen müssen mit den Regierungen so selbstverständlich über Menschenrechtsfragen diskutieren wie sie etwa über Energiefragen reden. Menschenrechte und Demokratie gehen Hand in Hand mit geopolitischen und wirtschaftlichen Themen. Und diese Gespräche müssen fortgesetzt werden, wenn etwa in Baku das letzte Lied gesungen oder in Kiew das EM-Finale abgepfiffen ist. Wir benötigen etwas mehr Stetigkeit von unseren Regierungen. Autoritäre Staaten müssen erkennen, dass sie sich international isolieren, wenn sie sich nicht verändern.

Was kann jeder Einzelne tun?

Es wäre ein Anfang, wenn sich jeder dafür interessieren würde, was in Ländern wie Aserbaidschan geschieht. Aserbaidschan ist ein faszinierendes Land mit einer reichen Geschichte, in der sich normale Menschen für ihre Rechte einsetzen. In Deutschland sollte man sich solidarisch mit ihnen erklären – etwa in-

dem man Petitionen zugunsten von Menschenrechtsaktivisten unterschreibt.

Zurück zum ESC: Die European Broadcasting Union (EBU) sagt, der Song Contest sei keine politische Veranstaltung. Aber Europa ist doch mehr als ein geografischer Begriff und steht für bestimmte Werte ...

Der ESC ist zuerst natürlich ein Musik-Event. Aber, wie Sie sagen, hat die EBU eine Werte-Charta. Ihre Mitglieder akzeptieren als Basis Redefreiheit, Medienfreiheit oder Journalistenrechte. Die EBU sollte das deutlicher als bisher und bei jeder Gelegenheit hervorheben. Das gilt auch für den Song Contest. Wir erwarten nicht, dass die Lieder politisch sind. Wir erwarten auch nicht, dass der Abend zum politischen Ereignis wird. Aber wir hätten uns gewünscht, dass die EBU zur Pressefreiheit klar Position bezieht. Es ist nicht akzeptabel, wenn Journalisten zusammengeschlagen oder erpresst werden. Es ist nicht akzeptabel, dass immer noch sieben Journalisten im Gefängnis sitzen oder sich fürchten, von der Polizei angegriffen zu werden. Dass sind alles Dinge, die die EBU diplomatisch aber deutlich gegenüber der aserischen Regierung ansprechen sollte.

Sollten denn die Künstler protestieren?

Wir erwarten von den Künstlern weder Aktionen noch politische Stellungnahmen. Wir würden das selbstverständlich begrüßen, aber das ist nicht ihre Aufgabe. Das ist Aufgabe der Politik.

Auch Weißrussland nimmt jedes Jahr am Song Contest teil. Allerdings hat die ARD schon angekündigt, gegebenenfalls nicht nach Minsk fahren zu wollen. Gibt es schlechte und ganz schlechte Diktaturen?

Es ist schwierig, Länder miteinander zu vergleichen. Aber, ganz klar, die Menschenrechtsbedingungen in Weißrussland sind in vielerlei Hinsicht schlimmer als in Aserbaidschan. Aber sie rechtfertigen eigentlich keinen Boykott. Wir würden es aber begrüßen, wenn sich die ARD oder die Bundesregierung daran erinnern würden, auch in Weißrussland Menschenrechte anzunehmen. Und wenn die Konsequenz daraus wäre, dass man sagt: ‚Wir können einen Song Contest in Weißrussland nicht unterstützen‘, wäre das ein gutes Zeichen dafür, dass sie das Thema ernst nehmen. Allerdings ist Weißrussland bereits im Visier vieler europäischer Regierungen. Das ist gut so und sollte auch so bleiben.